Zukunft des Geldes

Objekttyp: **Group**

Zeitschrift: **Schweizer Monat : die Autorenzeitschrift für Politik, Wirtschaft und Kultur**

Band (Jahr): **102 (2022)**

Heft 1095

PDF erstellt am: **24.05.2024**

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Inhalten der Zeitschriften. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern.
Die auf der Plattform e-periodica veröffentlichten Dokumente stehen für nicht-kommerzielle Zwecke in Lehre und Forschung sowie für die private Nutzung frei zur Verfügung. Einzelne Dateien oder Ausdrucke aus diesem Angebot können zusammen mit diesen Nutzungsbedingungen und den korrekten Herkunftsbezeichnungen weitergegeben werden.
Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Die systematische Speicherung von Teilen des elektronischen Angebots auf anderen Servern bedarf ebenfalls des schriftlichen Einverständnisses der Rechteinhaber.

Haftungsausschluss

Alle Angaben erfolgen ohne Gewähr für Vollständigkeit oder Richtigkeit. Es wird keine Haftung übernommen für Schäden durch die Verwendung von Informationen aus diesem Online-Angebot oder durch das Fehlen von Informationen. Dies gilt auch für Inhalte Dritter, die über dieses Angebot zugänglich sind.

Ein Dienst der *ETH-Bibliothek*
ETH Zürich, Rämistrasse 101, 8092 Zürich, Schweiz, www.library.ethz.ch

http://www.e-periodica.ch

Unschlagbares Staatsmonopol

Die derzeitige Inflation und die Sorge um hohe Staatsschulden schaden dem Ruf der klassischen Staatswährungen – sie beflügeln scheinbar den Kryptotrend. Anders als häufig befürchtet ist das Währungsmonopol des Staates aber nicht in Gefahr – zumindest nicht in entwickelten Staaten. Gegen den Euro, den Dollar und den Schweizer Franken werden Bitcoin und Ethereum keine Chance haben.

Der Ökonom Hyman Minsky schrieb mal, dass jeder sein eigenes Geld herausgeben könne – das Problem liege darin, wie man es von anderen akzeptiert erhalte. Genau hier sind alle Kryptowährungen der Staatswährung unterlegen. Der Staat hat ein Alleinstellungsmerkmal: Er macht uns alle zu Schuldnern. Zum Beispiel indem er uns dazu verpflichtet, Steuern zu zahlen – und dabei nur seine eigene Währung akzeptiert. Weil wir alle in irgendeiner Form Steuern zahlen müssen, gibt es eine grosse Nachfrage nach der Staatswährung. Für Kryptowährungen gilt das nicht. Wer den Alltag bewältigen will, braucht die Währung des Staates, aber keine Kryptowährungen.

Das wird sich auf absehbare Zeit auch nicht ändern. Staaten wären schlecht beraten, auf Kryptowährungen zu setzen, etwa indem sie Steuerzahlungen in Bitcoin akzeptieren. Damit würde die eigene Währung, die eigene Souveränität und die staatliche Handlungsfähigkeit geschwächt. Die eigene Währung kann einem Staat im Gegensatz zu Bitcoin nämlich nicht ausgehen. Das Gegenteil ist wahrscheinlicher: Kryptowährungen werden in 10 Jahren strenger reguliert sein als heute. Weitere Staaten werden ihre Nutzung verbieten und ihre Verwender somit in die Illegalität treiben. Schon heute werden Kryptowährungen genutzt, um staatliche Kontrolle zu umgehen – ob bei Geldwäsche, Steuerhinterziehung oder Kapitalkontrollen. Regierungen werden dem nicht tatenlos zusehen. Die Digitalisierung mag gewisse Gegebenheiten im Geldsystem verändern – das staatliche Währungsmonopol wird aber bleiben.

Maurice Höfgen
ist Ökonom, Autor des Buches «Mythos Geldknappheit» (Schäffer Poeschel, 2020) und Referent für Finanzpolitik im Deutschen Bundestag. Zusätzlich betreibt er den YouTube-Kanal «Geld für die Welt».

Die Kryptowelt kommt

Ich vermute, dass die Entwicklung des Geldwesens zwischen zwei Polen verlaufen wird: dem Fiatkreditgeldsystem und den aus den Kinderschuhen kommenden Kryptowährungen. Noch ist die Glaubwürdigkeit des Fiatkreditgeldsystems aufgrund der niedrigen Inflation der Vergangenheit hoch, das Vertrauen in Kryptowährungen aufgrund ihrer grossen Preisschwankungen gering. Doch die uns wahrscheinlich bevorstehende längere Phase einer höheren Inflation wird an der Glaubwürdigkeit des Fiatkreditgeldsystems zehren.

Der Niedergang des Fiatkreditgelds ist durch die nach der Finanzkrise von 2008 begonnene und in der Coronapandemie enorm beschleunigte Ausweitung seines Volumens bedingt. Nach der Finanzkrise blieb neu geschaffenes Zentralbankgeld weitgehend im Bankensektor: Wie ein unter Ölverlust leidender Motor brauchten es die Banken als Betriebsmittel. Während der Coronapandemie reichten die Banken neues Zentralbankgeld jedoch in Form von Kreditgeld an Nichtbanken weiter. Hauptempfänger waren die Staaten, die es zur Kompensation von durch Lockdowns verursachten Verdienstausfällen weitergaben. Dadurch ist ein gewaltiger Geldüberhang entstanden, der nun die Nachfrage und angesichts eines begrenzten Angebots die Preise antreibt.

Als Mittel zur Wertaufbewahrung wird das Kreditgeld zunehmend von anderen Wertspeichern abgelöst. Davon profitierten schon heute die Kryptowährungen. Mit wachsender Marktkapitalisierung dürften sie an Wertstabilität gewinnen – so könnten Kryptowährungen auch bei der Abwicklung von Transaktionen eine zunehmende Rolle spielen. Da die Politik weder die Kraft zur Beendigung der Preisinflation in Kreditgeld hat noch eine eigene attraktive digitale Alternative zu Kryptowährungen anbieten dürfte, könnten zahlreiche Nutzer schliesslich zu dem Schluss kommen, dass sie das Kreditgeld nicht mehr brauchen.

Thomas Mayer
ist Gründungsdirektor des Flossbach-von-Storch-Research-Institute. Zuvor war er Chefvolkswirt der Deutsche-Bank-Gruppe und Leiter von Deutsche-Bank-Research.